

***Kommentierte Dokumentation der Fachtagung
am 13. November 2003 in der GTZ, Eschborn***



Impressum

Redaktion

Eigenmaßnahme "Islam und TZ in Afrika"

Marion Fischer, Koordinatorin

Anja Söger, Mitarbeiterin

Elke Rössler, Praktikantin

Regionalgruppe 1020

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Postfach 5180

D-65726 Eschborn

Telefon: Marion Fischer ++49-6196-79-1545

Anja Söger ++49-6196-79-1543

FAX: ++49-6196-79-7177

Email: Marion.Fischer@gtz.de

Anja Soeger@gtz.de

Elke.Roessler@gtz.de

Internet: www.gtz.de

Veranstalter der Tagung

Die Fachtagung „Potenziale islamischer Gesellschaftsstrukturen für die EZ“ war eine Kooperationsveranstaltung der Eigenmaßnahme „Islam und TZ in Afrika“ des Bereichs Afrika der GTZ sowie des Kompetenzfeldes Finanzsystementwicklung des Bereichs Planung und Entwicklung der GTZ.

Titelbild

„Ein Symbol für Autorität. Harouna, der alte Marabut von Sargan“. Sargan/ Niger, November 2003. Bildautorin: Sandra van Edig

Inhaltsverzeichnis

Vorwort und Danksagung.....	4
Einladung zur Fachtagung.....	5
Tagungsprogramm	6
Teilnehmer/-innenliste.....	8
Potenziale islamischer Strukturen und Instrumente für die Armutsbekämpfung durch die EZ in Afrika südlich der Sahara	
Dr. Franz Kogelmann	10
Offene Diskussionsrunde zum Vortrag Dr. Kogelmann:.....	19
Islamic banking – Chancen und Perspektiven in der EZ	
Dr. Kilian Bälz.....	21
Offene Diskussionsrunde zum Vortrag Dr. Bälz:.....	28
Islamic Banking Principles in Current Microfinance (MF) Practice – a case study from Mali	
Michel Arnoult	29
<i>Soziokulturelle Rahmenbedingungen der islamischen Privatbank in Mali</i>	
Dr. Konrad Ellsäßer.....	38
<i>„Geht es der Bank schlecht, geht es allen schlecht“ Die friedensfördernde Wirkung der ersten islamischen Privatbank in Mali</i>	
Interview mit Horst Hertel.....	45
Podiumsdiskussion	
Entwicklungszusammenarbeit und islamische Gesellschaftsstrukturen – Potenziale für eine erfolgreiche EZ.....	48

Vorwort und Danksagung

Die Fachtagung „Potenziale islamischer Gesellschaftsstrukturen für die EZ“ am 13. November 2003 stellte die nunmehr Dritte aus einer Reihe von Veranstaltungen zum Thema „Islam in Afrika“ des Bereichs Afrika der GTZ dar. Der Beginn dieser Veranstaltungsreihe Anfang 2002 dokumentierte den Anfang einer systematischen Auseinandersetzung mit Aspekten des Islam im Rahmen der Berücksichtigung der soziokulturellen Dimension in der Entwicklungszusammenarbeit. Ziel dieser Auseinandersetzung und damit auch Ziel der Eigenmaßnahme „Islam und TZ in Afrika“ des Bereichs Afrika der GTZ ist die Verbesserung von Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Projekten und Programmen in islamisch geprägten Regionen Afrikas südlich der Sahara. Die Eigenmaßnahme „Islam und TZ in Afrika“ berät Projekte und Programme vor Ort hinsichtlich der Berücksichtigung, bzw. Einbeziehung islamischer Gesellschaftsstrukturen und erarbeitet angepasste Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit im islamisch geprägten Afrika.

Eine erste Tagung im Mai 2002 informierte über die Ausprägung und die Situation des Islam in Afrika. Auf einem Workshop im November 2002 wurde in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit mögliche Handlungsebenen der deutschen EZ identifiziert, die zu einer verbesserten Zusammenarbeit mit muslimischen Partnern führen.

Ziel der diesjährigen Fachtagung „Potenziale islamischer Gesellschaftsstrukturen für die EZ“ war sowohl die Information über angepasste entwicklungspolitische Ansätze in islamisch geprägten Ländern Afrikas als auch die Anregung zur Erarbeitung weiterer Ansätze. Die Schwerpunkte der Veranstaltung lagen auf den Themen Armutsbekämpfung und Mikrofinanzierung.

Im Frühjahr des nächsten Jahres wird eine weitere Veranstaltung in Westafrika stattfinden.

Wir danken herzlich allen Teilnehmer/innen für das große Interesse an der Veranstaltung und für viele anregende Diskussionsbeiträge. Für ihre interessanten Vorträge möchten wir den Referenten Herrn Dr. Kogelmann, Herrn Dr. Bälz und Herrn Arnoult unseren besonderen Dank aussprechen. Ebenso gedankt sei auch den Gästen unserer Podiumsdiskussion, Herrn Prof. Diallo, Herrn Dr. Dr. Adamou, Frau Gouré Bi, Herrn Conze sowie Frau Ganter. Ganz herzlich danken wir Herrn Holger Vagt für die Moderation der Fachtagung.

Für die Beteiligung an der Gestaltung der Fachtagung danken wir herzlich Herrn Schliwa und Herrn Kanathigoda vom Kompetenzfeld Finanzsystementwicklung des Bereichs Planung und Entwicklung der GTZ.

Marion Fischer, Anja Söger
Eschborn, 12.12.2003

Einladung zur Fachtagung "Potenziale islamischer Gesellschaftsstrukturen für die EZ"

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

in vielen unserer afrikanischen Partnerländer sind große Teile der Bevölkerung Muslime. Um Entwicklungszusammenarbeit dort wirksam und nachhaltig zu gestalten, müssen wir islamische Wertvorstellungen, Positionen und Funktionsträger und ihre Bedeutung für die Entwicklungszusammenarbeit kennen. Denn nur wenn wir wissen, wo es Anknüpfungspunkte zu den Konzepten deutscher EZ gibt und wo möglicherweise Widersprüche liegen, sind wir dialogfähig und finden Akzeptanz bei unseren Partnern und Zielgruppen.

Der Bereich Afrika der GTZ lädt Sie herzlich ein zur Fachtagung

Potenziale islamischer Gesellschaftsstrukturen für die EZ am Beispiel von Armutsbekämpfung und Mikrofinanzierung

am 13. November 2003 von 10.00 - 16.30 Uhr im Haus 1, Raum 1188-90 der GTZ Eschborn

Die Fachtagung wird gemeinsam von der Eigenmaßnahme „Islam und TZ in Afrika“ des Bereichs Afrika und des Kompetenzfeldes „Finanzsystementwicklung“ des Bereichs Planung und Entwicklung durchgeführt. Das Tagungsprogramm entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Informationsblatt.

Wir bitten Sie um eine Anmeldung zur Tagung, möglichst bis zum 31.10.2003 bei Anja.Soeger@gtz.de

Wir freuen uns auf Ihr Kommen und auf angeregte Fachdiskussionen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Conze

Marion Fischer, Koordinatorin

Anja Söger, Mitarbeiterin

Eigenmaßnahme "Islam und TZ in Afrika"

Regionalgruppe 1020

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Postfach 5180

D-65726 Eschborn

Telefon: Marion Fischer ++49-6196-79-1545

Anja Söger ++49-6196-79-1543

Email: Marion.Fischer@gtz.de

[Anja Söger@gtz.de](mailto:Anja.Soeger@gtz.de)

Internet: www.gtz.de

Anlagen:

Tagungsprogramm

Newsletter Sep 03 „Islam und TZ in Afrika“

Tagungsprogramm

Potenziale islamischer Gesellschaftsstrukturen für die EZ



Fachtagung am 13. November 2003 im Haus 1, Raum 1188-90 der GTZ, Eschborn

Eine Kooperationsveranstaltung

der Eigenmaßnahme „Islam und TZ in Afrika“ des Bereichs Afrika

des Kompetenzfeldes Finanzsystementwicklung des Bereichs Planung und Entwicklung

Moderation: Herr Holger Vagt, GTZ

- | | |
|----------------------|--|
| 10.00 – 10.05 | Begrüßung durch Herrn Conze , GTZ-Bereichsleiter Afrika |
| 10.05 – 10.15 | Einführung durch die Veranstalter der Fachtagung |
| 10.15 – 11.00 | Vortrag:
Potenziale islamischer Strukturen und Instrumente für die Armutsbekämpfung durch die EZ in Afrika südlich der Sahara
Dr. Franz Kogelmann, Islamwissenschaftler, Uni Bayreuth |
| 11.00 – 11.30 | Diskussion |
| 11.30 – 11.50 | Kaffeepause |
| 11.50 – 12.30 | Vortrag:
Islamic banking – Chancen und Perspektiven in der EZ
Dr. Kilian Bälz, Jurist und Islamwissenschaftler, Rechtsanwaltskanzlei Gleiss Lutz, Frankfurt |
| 12.30 – 13.00 | Diskussion |
| 13.00 – 14.00 | Mittagspause |
| 14.00 – 14.45 | Vortrag:
Islamic Banking Principles in Current Microfinance (MF) Practice – a case study from Mali
Michel Arnoult, Agrarökonom, Projekt Dezentrale Finanzinstitutionen, Mali
Einführung: Rainer Schliwa, KF Finanzsystementwicklung |
| 14.45 – 15.10 | Diskussion |

15.10 – 15.30	Kaffeepause
15.30 – 16.15	Podiumsdiskussion: Entwicklungszusammenarbeit und islamische Gesellschaftsstrukturen – Potenziale für eine erfolgreiche EZ
16.15 – 16.20	Abschluß der Fachtagung

Teilnehmer/-innenliste

Name	Organisation/ Institution/ Abteilung
Adamou, Dr. Dr. Laoualy	Lamou-Consult GmbH
Al-Haidary, Christel	GTZ, Bereich Afrika
Arnoult, Michel	FIDES, Mali
Auerbach, Brigitte	InWent, Vorbereitungszentrale Afrika
Bälz, Dr. Kilian	Jurist und Islamwissenschaftler, Gleiss Lutz
Barakat, Bushra	GTZ, Planung & Entwicklung
Blaschke, Kane	GTZ, Planung & Entwicklung
Burre, Katja	Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg
Conze, Peter	GTZ, Bereichsleiter Afrika
Diabaté, Petra	GTZ, Planung & Entwicklung
Diallo, Prof. Dr. Tirmiziou	Uni Dakar (Senegal), Sozialwissenschaften
Eckert, Angela	BMZ
Elbrecht, Herbert	Uni Frankfurt, Soziologie
Elhady, Mostafa	Doktorant Politikwissenschaft
Finke, Emanuela	GTZ, Bereich Afrika
Floer, Isabelle	GTZ, Planung & Entwicklung
Ganter, Elvira	GTZ, Planung & Entwicklung
Geppert, Rainer	GTZ, International Services
Goltz, Gabriel	Islamwissenschaftler, freiberuflich
Gouré Bi, Kora	DED, Leiterin Referat Westafrika
Hamdan, Yasmeen	GTZ, Planung & Entwicklung
Hansen, Katja	Evangelischer Entwicklungsdienst
Hertel, Horst	GTZ, Regionalleiter Sahel/ Zentralafrika
Hilger, Jörg	GTZ, Unternehmenskommunikation
Hupfer, Mandy	BMZ
Kanathigoda, Saliya	GTZ, Finanzsystementwicklung
Kogelmann, Dr. Franz	Uni Bayreuth, Islamwissenschaftler

Köneke, Annemarie	GTZ, Bereich Afrika
Korff, Dr. Yorck von	DiaLogos Moderation
Krapp, Dr. Stefanie	Zentrum für Evaluation
Krech, Dr. Rüdiger	GTZ, Planung & Entwicklung
Kremling, Dr. Verena	Ethnologin
Kröger, Knut	GTZ, Bereich Afrika
Leifheit, Maren	GTZ, Bereich Afrika
Müller, Gabriele	GTZ, Unternehmensentwicklung
Niedermeier, Beate	Tschad, Abeche
Nitardy, Asmau	Uni Trier, BWL
Nolting, Dr. Armin	GTZ, Planung & Entwicklung
Nuira-Suleiman, Samira	GTZ, Süd- und Südostasien
Osterhaus, Juliane	GTZ, Planung & Entwicklung
Ostermann, Dr. Heike	BMZ
Ould-Chih, Karim	KfW
Pieck, Peter	GTZ, Bereich Afrika
Plesch, Michael	Konrad Adenauer Stiftung
Salah, Hoda	Uni Frankfurt, Doktorantin Politikwissenschaft
Schliwa, Rainer	GTZ, Finanzsystementwicklung
Schlösser, Julia	Uni Mainz, Ethnologie
Schmid, Dr. Ulrike	Rechtsethnologin, freiberuflich
Schuber, Dr. Barik	Iraq Develpoment Consult (IDC)
Schulz, Bernadette	GTZ, Bereich Afrika
Souaré, Susanne	Ethnologin
Tabatabai, Hessameddin und Ehefrau	GTZ, Büroleiter Afghanistan
Vagt, Holger	GTZ, Personalreferent
Voigt, Hans-Christian	GTZ, Kairo
Volbracht, Herbert	Deutsche Welthungerhilfe
Widmer, Helene	GTZ, Bereich Afrika
Zahorka, Dr. Manfred	Schweizerisches Tropeninstitut, Uni Basel

Potenziale islamischer Strukturen und Instrumente für die Armutsbekämpfung durch die EZ in Afrika südlich der Sahara

Dr. Franz Kogelmann

Universität Bayreuth / Deutsches Orient-Institut Hamburg

Diskussionen über Entwicklungszusammenarbeit verlaufen vielfältig und sind meist mit einer Reihe von Schlagwörtern verbunden: Nachhaltigkeit, Effizienz, Hilfe zur Selbsthilfe und Aufbau von Zivilgesellschaft sind Begriffe, die diese Debatten begleiten. Ohne eine Wahrnehmung der sozialen Realitäten in den Kooperationsländern erscheinen jedoch Bemühungen, eine nachhaltige Entwicklung zu erwirken, zwecklos. So ist es überraschend, dass eine in Afrika südlich der Sahara sehr präsente Religion, der Islam, als soziale Realität im Rahmen dieser Diskussionen bislang kaum Eingang gefunden hat. Zu wenig ist über die Vielfalt des Islam in Afrika bekannt und vor allem ist unser Wissen über genuin islamische Institutionen und Strukturen, die Wege für eine nachhaltige Armutsbekämpfung ebnen würden, beschränkt.

Ziel dieses Beitrags ist es, zumindest einige islamische Einrichtungen, die der Armutsbekämpfung dienen, bekannter zu machen und auf Möglichkeiten einer technischen Zusammenarbeit mit diesen Institutionen hinzuweisen. Hierzu zählen die meist als Armensteuer oder Almosenabgabe bezeichnete *zakat* sowie das islamische Stiftungswesen (*waqf / auqâf*).

Der Stellenwert des Islam in zeitgenössischen afrikanischen Gesellschaften

Die afrikanischen Muslime werden häufig als die am schnellsten wachsende religiöse Gemeinschaft im subsaharischen Afrika bezeichnet. Das mag zwar weitgehend zutreffen, doch in jüngster Vergangenheit erweisen sich die so genannten charismatischen christlichen Kirchen als mindestens ebenso dynamisch und in einigen Gebieten, die weder der einen noch der anderen Weltreligion eindeutig zuzuordnen sind, ist inzwischen eine gewisse Konkurrenzsituation zu beobachten. Die Muslime waren weder in der Vergangenheit noch sind sie gegenwärtig eine homogene Glaubensgemeinschaft, sondern sie zeichnen sich durch eine enorme Vielfalt aus. Diese Vielfalt ist einerseits ein Spiegelbild der geographischen Ausdehnung des Islam in Afrika und der damit verbundenen ethnischen Mannigfaltigkeit, andererseits sind eine Reihe historischer Gründe hierfür verantwortlich.¹

¹ Zur Geschichte des Islam in Afrika siehe N. Levtzion & R. Pouwels (Hrsg.), *The History of Islam in Africa*, London 2000; zur Vielfalt des Islam in Afrika siehe R. Loimeier, „Der Islam im subsaharischen Afrika“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage von Das Parlament, Nr. 37, 08.09.2003 sowie D.

Die über tausendjährige Geschichte der Islamisierung Afrikas ist weniger das Ergebnis einer von außen kommenden Eroberung, sondern vielmehr das Produkt reger Handelstätigkeit von Muslimen. Der muslimische Anteil an der Gesamtbevölkerung der afrikanischen Staaten nimmt von Norden nach Süden bzw. von der ostafrikanischen Küste in Richtung Landesinnere stetig ab. Der relative Anteil von Muslimen innerhalb eines Staates sagt jedoch nicht zwangsläufig etwas über den politischen und wirtschaftlichen Einfluss der muslimischen Minderheit aus. Im Zuge des Entkolonialisierungsprozesses, der sich zum Großteil im Laufe der 1950er und 1960er Jahre vollzogen hat, sind im subsaharischen Afrika Führer an die Macht gekommen, die im Interesse der nationalen Integration und der wirtschaftlichen Entwicklung – unabhängig davon, ob das jeweilige Regime sich als sozialistisch bezeichnete oder nicht – das Recht für sich beanspruchten, die politische Orientierung in ihren Staaten zu bestimmen.² Ihre Machtansprüche legitimierten sie in der Regel aus ihrem Kampf gegen die Kolonialherren. In ihren politischen Programmen und Ideologien beriefen sie sich meist auf ihr afrikanisch-kulturelles Erbe. Muslime haben zwar beim antikolonialen Kampf häufig eine führende Rolle gespielt. Allerdings war der Islam in der Entstehung eines Nationalbewusstseins in den ersten Jahrzehnten nach Wiedererlangung staatlicher Unabhängigkeit relativ unbedeutend.

In den letzten Jahren wird offenkundig, dass die afrikanischen Muslime immer weniger bereit sind, die Marginalisierung des Islam in der nationalen Politik hinzunehmen. Dieser Wandel steht in Zusammenhang mit der Tatsache, dass auf der politischen Szene der meisten afrikanischen Länder ein Generationenwechsel stattgefunden hat. An die Stelle alteingesessener muslimischer Honoratioren, die häufig mit der jeweiligen Kolonialmacht kollaborierten, sind junge muslimische Führer und neue Gruppen aufgetaucht, die sich für die Wiederbelebung ihrer Religion im öffentlichen Leben engagieren. Latente Spannungen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft zahlreicher afrikanischer Staaten sind durch diesen Generationenwechsel offen zu Tage getreten und haben vielfach eine Diskussion über seit langem etablierte religiöse Praktiken und um die Verteilung der Macht entfacht.

Die kritische Auseinandersetzung mit den politischen Strukturen ihrer Länder durch eine neue Generation gebildeter Muslime hat zur einer „Wiederbelebung“ des Islam in weiten Teilen Afrikas geführt, die jedoch eine länderspezifische Dynamik angenommen hat. Sie beruft sich häufig auf lokale reformistische Traditionen aus dem Bereich der eigenen historischen Erfahrung und bekommt zudem neue intellektuelle Impulse durch muslimische Denker aus dem In- und Ausland. Ihre

Westerlund & I. Svanberg, (Hrsg.), *Islam Outside the Arab World*, Richmond, 1999; D. Westerlund & E.E. Rosander (Hrsg.), *African Islam and Islam in Africa*, London, 1997.

² Zur politischen Bedeutung der afrikanischen Muslime seit der Wiedererlangung staatlicher Unabhängigkeit siehe J. Abun-Nasrs Beitrag, in: W. Ende & U. Steinbach, *Der Islam in der Gegenwart. Entwicklung und Ausbreitung, Staat, Politik und Recht, Kultur und Religion*, München, 1996⁵.

konkreten Ziele sowie die für ihre Verwirklichung angewandten Methoden reflektieren die Lage der Muslime innerhalb der politischen Strukturen ihrer Länder. Somit nimmt die „Islamisierung“ des öffentlichen Lebens in den verschiedenen subsaharischen Ländern unterschiedliche Erscheinungsformen an. Sie fordern unter anderem die staatliche Anerkennung islamischer Normen, wie die Scharia als staatliches Recht in den begrenzten Bereichen, in denen sie noch Gültigkeit hat.³ Diese Forderung hat nicht nur in Kenia, wo die Muslime eine Minderheit sind, sondern auch im Senegal mit seiner eindeutigen islamischen Mehrheit zu Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und dem Staat geführt. In Nigeria wird seit 1999 dieser Konflikt mit besonderer Vehemenz ausgetragen, da die Muslime fordern, dass die Scharia nicht nur auf das Personenstandrecht beschränkt bleibt, sondern auch das Strafrecht auf Grundlage des islamischen Rechts reformiert wird.

Gegenwärtig ist die Forderung nach Wiedereinführung bzw. Anwendung der Scharia in zahlreichen Staaten mit einem muslimischen Bevölkerungsanteil zu einem politischen Kampfbegriff geworden, durch den viele Muslime ihre moralische Empörung gegenüber dem Versagen vieler nach der Wiedererlangung staatlicher Unabhängigkeit an die Macht gekommener Regime zum Ausdruck bringen. Vordergründiges Merkmal der propagierten islamischen Rechtsordnung ist die Anwendung der koranischen Körperstrafen, die allerdings nur einen kleinen Anteil am islamischen Rechtssystem haben. Die Forderungen nach der Umsetzung des islamischen Rechts erschöpfen sich jedoch nicht nur in Polemiken, sondern sind auch Ausgangspunkte für Debatten über die Kompatibilität von Scharia und westlich inspirierten Menschenrechten sowie demokratischen Grundrechten, die Praktikabilität von Rechtspluralismus in modernen Staaten, das Zusammenleben von Muslimen mit Nicht-Muslimen sowie Möglichkeiten und Grenzen der Anpassung islamischer Rechtsbestimmungen an zeitgenössische Rechtsstandards.⁴

Zakat

Die gegenwärtigen Diskussionen über die allgemein als Armensteuer oder Almosenabgabe bezeichnete *zakat* stehen in engem Zusammenhang mit den Debatten über den Stellenwert des islamischen Rechts in den einzelnen Staaten. Gerade unter dem Eindruck einer fortschreitenden Verarmung großer Teile der Bevölkerung in vielen muslimischen Staaten entwickelten zahlreiche zeitgenössische muslimische Denker eine islamische Wirtschafts- und Soziallehre, die unter anderem auf der Abgabe und Umverteilung von *zakat* beruht.⁵ *Zakat* wird als grundlegendes

³ Allgemein zum islamischen Recht siehe J. Schacht, *An Introduction to Islamic Law*, Oxford, 1964; zur Entwicklung des islamischen Rechts in Afrika siehe, J.N.D. Anderson, *Islamic Law in Africa*, London, 1978.

⁴ Zu dieser Problematik siehe G. Krämer, *Gottes Staat als Republik, Reflexionen zeitgenössischer Muslime zu Islam, Menschenrechten und Demokratie*, Baden-Baden, 1999.

⁵ Zur Einführung in diese inzwischen ausufernde Diskussion – auch in Hinblick auf Afrika südlich der Sahara – siehe H. Weiss, „Zakât und the Question of Social Welfare. An Introductory Essay on Islamic Economics and Its Implications for Social Welfare“, in: H. Weiss (Hrsg.), *Social Welfare in Muslim*

Instrument zur Beseitigung sozialer Ungerechtigkeit sowie als Schlüssel zur Schaffung einer gerechten islamischen Gesellschaft erachtet.

Als eine der so genannten fünf Säulen des Islam ist *zakat* für alle Muslime, die dazu in der Lage sind diese Abgabe zu leisten, verpflichtend. Nach Ansicht islamischer Gelehrter wird ein Muslim zum Ungläubigen (*kāfir*), wenn er den verpflichtenden Charakter von *zakat* bezweifelt. Diese Abgabe hat eine doppelte Funktion. Neben der Unterstützung bedürftiger Muslime dient *zakat* auch der Reinigung von Reichtum. Der Begriff *zakat* kommt mehrmals im Koran vor und regelt in Sure IX, Vers 60, die Gruppe der Empfangsberechtigten: „Die Almosen sind nur für die Armen und Bedürftigen (?) (bestimmt), (ferner für) diejenigen, die damit zu tun haben, (für) diejenigen, die (für die Sache des Islam) gewonnen werden sollen (w. diejenigen, deren Herz vertraut gemacht wird), für (den Loskauf von) Sklaven, (für) den, der unterwegs ist (oder: (für) den, der dem Weg (Gottes) gefolgt (und dadurch in Not gekommen) ist; w. den Sohn des Wegs). (Dies gilt) als Verpflichtung von seiten Gottes. Gott weiß Bescheid und ist weise“.⁶

In einer Reihe von Prophetentraditionen (*hadith*) werden praktische Aspekte von *zakat* erörtert und geregelt, wie die Höhe der Besteuerung von landwirtschaftlichen Produkten sowie von Handelsgütern im weitesten Sinne. Islamische Quellen berichten, dass bereits zu Lebzeiten des Propheten Muhammad das *Zakat*-Wesen voll entwickelt war. Der Niedergang dieser Almosensteuer als eine vom Staat organisierte Abgabe setzte jedoch bereits ab dem 11. Jahrhundert unserer Zeitrechnung ein. Allerdings besteht das Eintreiben und Verteilen von *zakat* auf lokaler Ebene auch im subsaharischen Afrika bis zum heutigen Tag weiter und gegenwärtig haben einige muslimische Staaten *zakat* wieder als staatliche Steuer eingeführt. Zu diesen Staaten zählen unter anderem Saudi Arabien, Libyen, Jemen, Malaysia, Pakistan und der Sudan.

Das islamische Stiftungswesen

Zakat hat relativ rasch ihre Funktion als islamische Einrichtung, die den Islam als funktionierende Gesellschaft finanzierte, verloren. Die Almosensteuer pervertierte im Laufe der Geschichte zu einer Rechtfertigung für muslimische Herrscher diverse Steuern zu erheben, ohne dem Geist der *zakat* Genüge zu leisten, bzw. *zakat* reduzierte sich zu einer ritualisierten Form privater Wohltätigkeit. An ihre Stelle ist – laut Marshall Hodgson – das islamische Stiftungswesen getreten.⁷ Das islamische Stiftungswesen (*waqf / auqâf*, bzw. *hubs / ahbâs* bzw. Habous im Maghreb) hat in nahezu jeder vom Islam geprägten Region jahrhundertlang weitgehend unabhängig

Societies in Africa, Uppsala, 2002, S. 7-38. Als Beispiel für muslimische Perspektiven hinsichtlich *zakat* in Afrika siehe den ersten Teil von B. Bendjilali (Hrsg.), *La Zakat et le Waqf: Aspects historiques, juridiques, institutionnels et économiques. Séminaire tenu au Bénin du 25 au 31 mai 1997*, Banque islamique de développement. Institut islamique de recherches et de formation, o.O., 1998, S. 13-227.

⁶ Zitiert nach R. Paret, *Der Koran*. Übersetzung, Stuttgart et al., 1985⁴.

⁷ Siehe M.G.S. Hodgson, *The Venture of Islam. Conscience and History in a World Civilization. Vol. 2 The Expansion of Islam in the Middle Periods*, Chicago, 1974, S. 124.

von staatlicher Einflussnahme grundlegende gesellschaftliche, kulturelle und religiöse Aufgaben im Leben der Muslime wahrgenommen.⁸ Das Spektrum reicht vom Bau und Unterhalt der gesamten religiösen Infrastruktur, wie Moscheen, Schulen, Bibliotheken oder anderer öffentlicher Einrichtungen, wie der Unterhalt von Brunnen über die Gehälter der Kultusangestellten bis zur finanziellen Unterstützung von Bedürftigen. Unter dem Einfluss des Kolonialismus – teilweise bereits vorher – haben muslimische Staaten einen Teil dieser Funktionen an sich gezogen. Nach Wiederherstellung staatlicher Souveränität haben muslimische Machthaber das islamische Stiftungswesen entweder liquidiert oder unter direkte staatliche Kontrolle gestellt. Den muslimischen Gelehrten wurde dadurch ihre finanzielle Autonomie entzogen und sie sind in die Abhängigkeit des Staates geraten. Wichtigste rechtliche Kennzeichen sind die Unveräußerlichkeit und der ewige Charakter des *waqf*. Das Islamische Recht unterscheidet zwischen der gemeinnützigen Stiftung (*waqf khairi* bzw. *ʿāmm*), der privatnützigen Stiftung (*waqf ahli* bzw. *khâss*, *dhurri*) sowie einer Mischform (*waqf mushtarak*). Aufgrund seiner Anpassungsfähigkeit an zeitliche und örtliche Umstände gilt das islamische Stiftungswesen als Beispiel für die Flexibilität des islamischen Rechtes. Moderne muslimische Intellektuelle erachten die frommen Stiftungen als Hinweis für zivilgesellschaftliche Strukturen und Traditionen im Islam. Im subsaharischen Afrika ist die Institution des islamischen Stiftungswesens weitgehend unbekannt. Einzig in traditionellen Gelehrtenzentren des Sudan, wie in Timbuktu oder in Kanem-Bornu, sowie in muslimischen Regionen Äthiopiens, in Eritrea oder in den muslimischen Zentren der ostafrikanischen Küste war in der Vergangenheit das islamische Stiftungswesen bekannt. Über das Nichtvorhandensein dieser zentralen islamischen Institution in weiten Gebieten Afrikas lässt sich nur spekulieren. Allerdings bemühen sich seit einigen Jahren internationale islamische Organisationen, wie die *Organization of Islamic Conference* (OIC) mit Sitz in Saudi Arabien, das islamische Stiftungswesen auch im subsaharischen Afrika zu verankern. Erste Schritte in diese Richtung waren die Gründung der englischsprachigen Islamischen Universität in Uganda sowie ihrem frankophonen Gegenstück in der Republik Niger.⁹

Eine andere Dimension sind islamische, in Afrika aktive Nichtregierungsorganisationen, die sich teilweise als Stiftung (*foundation* bzw. *fondation*) bezeichnen. Allerdings haben diese modernen Stiftungen mit dem traditionell islamischen Stiftungswesen nur wenig gemeinsam. Dies wird nicht nur in

⁸ Zum islamischen Stiftungswesen siehe F. Kogelmann, Islamische fromme Stiftungen und Staat. Der Wandel in den Beziehungen zwischen einer religiösen Institution und dem marokkanischen Staat seit dem 19. Jahrhundert bis 1937, Würzburg, 1999; Einblicke in zeitgenössische muslimische Interpretationen des *waqf* siehe B. Bendjilali (Hrsg.), La Zakat et le Waqf: Aspects historiques, juridiques, institutionnels et économiques. Séminaire tenu au Bénin du 25 au 31 mai 1997, Banque islamique de développement. Institut islamique de recherches et de formation, o.O., 1998, S. 231-360; zur Bedeutung des *waqf* für eine islamische „public sphere“ vgl. M. Hoexter, „The Waqf and the Public Sphere“, in: M. Hoexter, S. Eisenstadt & N. Levtzion, The Public Sphere in Muslim Societies, New York, 2002, S. 119-138.

⁹ Vgl. bislang unveröffentlichter Vortrag des Autors im Rahmen der Deutschen Orientalistentages 2001 in Bamberg.

der arabischen Eigenbezeichnung dieser Stiftungen deutlich, indem sie in der Regel vom Begriff „*waqf*“ Abstand nehmen und vielmehr das arabische Wort „*mu'assasa*“ (= Organisation, Institution) verwenden, sondern auch in ihrer häufig staatsunabhängigen Organisationsform.¹⁰ Das zeitgenössische islamische Stiftungswesen befindet sich im Gegensatz dazu in den meisten muslimischen Staaten unter der direkten Kontrolle eines Ministeriums.

Eine Reihe von diesen islamischen Nichtregierungsorganisationen bzw. „Stiftungen“ ist auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit in Afrika südlich der Sahara aktiv.¹¹ Über aus Saudi Arabien und Kuwait stammende islamische Organisationen ist aufgrund der Ereignisse des 11. Septembers 2001 nur wenig in Erfahrung zu bringen. Die USA beschuldigen gewisse islamische Nichtregierungsorganisationen als Finanziers des internationalen islamistischen Terrorismus aufgetreten zu sein.

Die saudische *al-Haramain Charitable Foundation* ist in 18 afrikanischen Staaten aktiv und verwendet etwa 15 % ihres Budgets für Projekte in Afrika. Sie ist in folgenden Bereichen der technischen Zusammenarbeit aktiv: Soforthilfe, Erziehung, Schulbildung, Gesundheitspflege und Bau von Moscheen und islamischen Zentren, Unterstützung für Arme, Waisen und Hilfsbedürftige.

Neben der *Shaykh Abdallah al-Nuri Charitable Society*, die über ein eigenes Komitee für die Muslime Afrikas verfügt, ist das *Waqf*-Ministerium von Kuwait in Afrika aktiv. Gerade der kuwaitische Staat bemüht sich das traditionell islamische Stiftungswesen zeitgenössischen Aufgaben anzupassen. So finanziert dieses Ministerium in Afrika den Bau infrastruktureller und öffentlicher Einrichtungen, wie Straßen, Straßenbeleuchtung, Wasserversorgungssysteme, öffentliche Gebäude und Gästehäuser.

Mit der *Gaddafi International Foundation for Charity Associations*, die dem Sohn Mu'ammars al-Qaddafis Saif al-Islam untersteht, hat Libyen vor allem im Zusammenhang mit der Befreiung westlicher Geiseln aus den Händen muslimischer Rebellen auf den Philippinen einen Weg aus der internationalen Isolation gefunden. So liegt der Ursprung dieser Organisation auf den Philippinen, wo sie seit einigen Jahren entwicklungs- und missionspolitischen Aktivitäten nachgeht. Inzwischen ist sie auch im subsaharischen Afrika aktiv und entsendet regelmäßig so genannte Grüne Konvois, die während des Ramadan 2000 als medizinische Hilfskonvois in der Republik Niger und dem Tschad unterwegs waren. Ihr Hauptziel ist die Verteilung von Nahrungsmitteln und Medikamenten sowie die Behandlung von Kranken durch Ärzte.

Die in Qatar ansässige *Shaykh Id Ibn Muhammad al-Thani Charity Association* entwickelt im humanitären Bereich Aktivitäten sowie in der Verbesserung ländlicher Infrastruktur durch den Bau von Brunnen.

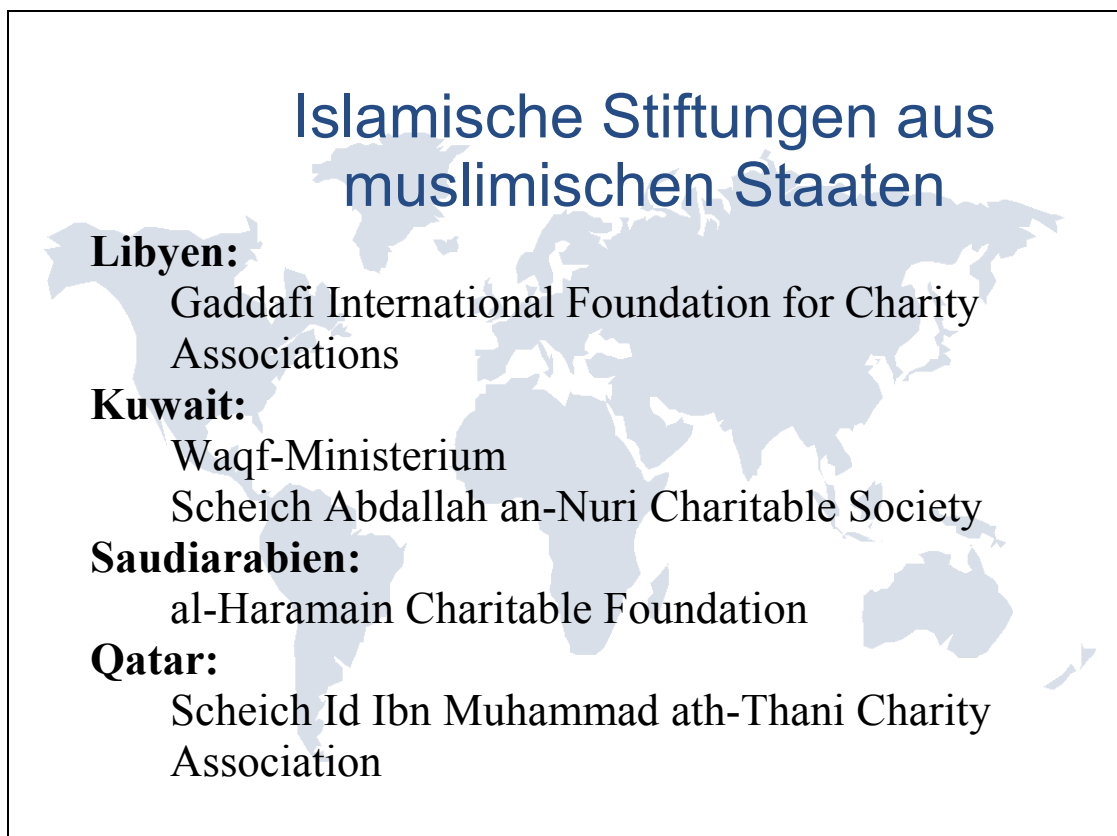
Die Vereinigten Arabischen Emirate sind unter anderem durch zwei islamische

¹⁰ Siehe S. Faath (Hrsg.), *Islamische Stiftungen und wohltätige Einrichtungen mit entwicklungspolitischen Zielsetzungen in arabischen Staaten*, Hamburg, 2003.

¹¹ Siehe *ibid.*; J. Benthall & J. Bellion-Jourdan, *The Charitable Crescent. Politics of Aid in the Muslim World*, London, 2003; A. Ghandour, *Jihad Humanitaire. Enquête sur les ONG islamiques*, Paris, 2002.

Organisationen in Afrika präsent. Die *Zayid Ibn Sultan al-Nahyan Charitable and Humanitarian Foundation* mit Sitz in Abu Dhabi verwaltet ihr Gründungskapital in Höhe von 1 Milliarde US Dollar nach *Waqf*-Grundsätzen und hat seit ihrem Bestehen eine rege Auslandstätigkeit entwickelt. So haben sie sich in der Republik Niger, auf Sansibar, Mauretanien, Mali, Kenia, Somalia und Uganda der Verbesserung des Gesundheits- und Erziehungswesens verschrieben. Bedürftige afrikanische Studenten werden durch Stipendien unterstützt. Aber es werden auch Maßnahmen zur Verbesserung der religiösen Infrastruktur in Kenia, Äthiopien oder Elfenbeinküste durch den Bau neuer Moscheen eingeleitet. Etwa 21 Vereinigungen in Afrika werden direkt unterstützt. Die *Muhammad Ibn Rashid al-Maktum Charitable and Humanitarian Foundation* übt sich in Afrika in Soforthilfe bei Katastrophen. Sie tut sich aber auch durch die Errichtung von kombinierten Anlagen hervor, die eine Moschee und eine daran angeschlossene Schule umfassen. Weiterbildungsmaßnahmen sowie Brunnenbau werden von dieser islamischen Organisation in einigen westafrikanischer Staaten organisiert.

Im Islam sind eine Reihe genuiner Strukturen und Instrumente, die eine nachhaltige Armutsbekämpfung zum Ziel haben, verankert. Die Errichtung sozialer Gerechtigkeit ist zudem integraler Bestandteil islamischer Ethik. Allerdings ist in den meisten zeitgenössischen muslimischen Staaten die Bekämpfung von Armut heutzutage häufig auf private Initiativen und individuelle Wohltätigkeit beschränkt. Institutionelle Armutsbekämpfung, die der Staat zu organisieren hätte, ist in vielen Fällen nur sehr lückenhaft vorhanden. Überlieferte islamische Instrumente, wie *zakat* oder *waqf*, bieten durchaus Grundlagen und Anknüpfungspunkte für eine nachhaltige technische Zusammenarbeit, doch bedarf es in vielen Gebieten im subsaharischen Afrika einer Reaktivierung bzw. einer Schaffung dieser Institutionen unter Berücksichtigung der enormen Vielfalt des Islam in dieser Region.



Islamische Stiftungen aus muslimischen Staaten

Vereinigte Arabische Emirate:

Zayid Ibn Sultan an-Nahyan Charitable and Humanitarian Foundation Abu Dhabi

Muhammad Ibn Raschid al-Maktum Charitable and Humanitarian Foundation

Offene Diskussionsrunde zum Vortrag Dr. Kogelmann:

Mechanismen wie das Stiftungswesen (*Pl. auqaf/ Sg. waqf*) und die Almosenabgabe (*zakat*) funktionieren nur, wenn gesamtgesellschaftliche Überschüsse erwirtschaftet werden. In der arabischen Welt ist dies möglich. Liegt möglicherweise der Grund dafür, dass *auqaf* und *zakat* in Afrika nicht sehr weit verbreitet sind, darin, dass Afrika zu arm ist?

Nur ein Teil der Stiftungen der Golfregierungen sind als *auqaf* organisiert – meist kontrolliert durch den Staat oder prominente Persönlichkeiten – mit der Aufgabe, Entwicklung voran zutreiben sowie mit missionarischen Tätigkeiten. Auch in den Sahelstaaten gibt es reiche Muslime. Stiftungen können auch für einen bestimmten Personenkreis (etwa Familie) eingerichtet werden, z.B. auch als Zukunftstiftungen, die Ausbildungen unterstützen. Im subsaharischen Afrika liegt die Antwort auf die Frage nach der fehlenden Verbreitung von *auqaf* zum Teil auch in den Bodenrechtsbestimmungen, denn in der Regel bestehen *auqaf* aus Immobilien und Land.

Bedeutet die *auqaf* nicht eher eine Abmilderung von strukturellen Härten als tatsächlich eine systematische Armutsbekämpfung?

Das Verantwortungsgefühl von reichen Muslimen gegenüber Armen ist in der islamischen Welt sehr ausgeprägt.

Ein Teilnehmer merkt zum Begriff *zakat* an, dass Muslime das Almosen geben nicht als Steuer empfinden, sondern als Opfer.

Ein anderer Teilnehmer fügt hinzu, dass *zakat* im Sinne von Selbsthilfe für die EZ interessanter sei als *zakat*, welche als steuerliche Abgabe verstanden wird. Stiftungen entwickelten sich in Ägypten und nicht in Afrika. Dies liegt in den Regularien des Osmanischen Reiches begründet: in Ägypten gingen zu Beginn der osmanischen Herrschaft die Stiftungen in staatliche Hand über. Der Grund hierfür lag auch darin, die Zivilgesellschaft zu kontrollieren. In neuerer Zeit wird Kritik an den Stiftungen in den Golfstaaten laut von Seiten der USA (CIA), welche die nicht kontrollierbaren Finanzquellen kritisieren.

Es sollte die Einrichtung lokaler Zakatsysteme angeregt werden, was zudem einen Beitrag zur Dezentralisierung bedeuten würde. Eine staatliche Einmischung macht vieles nur unübersichtlicher.


In Bezug auf das Osmanische Reich: es gab keine *waqf* Gründungen unter den Osmanen – das Stiftungswesen ist älter. In Marokko gab es Gründungen unabhängig von den Osmanen – allerdings sind diese seit 1950 auch unter staatlicher Kontrolle.

Ist es möglich, *zakat* von Muslimen auch Nicht-Muslimen zur Verfügung zu stellen?

Wird die Steuer auf staatlicher Ebene erhoben, ist dies nicht möglich. Wird sie hingegen auf lokaler Ebene erhoben, ist dies schon möglich.

Islamic banking – Chancen und Perspektiven in der EZ

Dr. Kilian Bälz
Jurist und Islamwissenschaftler,
Rechtsanwaltskanzlei Gleiss Lutz, Frankfurt

 in association with Herbert Smith and Stibbe

ISLAMIC BANKING - CHANCEN UND PERSPEKTIVEN IN DER EZ

Fachtagung der GTZ:

„Potenziale islamischer Gesellschaftsstrukturen für die EZ“

am 13. November 2003 in Eschborn

Dr. Kilian Bälz, LL.M.
GLEISS LUTZ
Frankfurt

GLEISS LUTZ
Rechtsanwälte

- 2 -

1. Islamic Banking - Chancen und Perspektiven in der EZ

- was ist Islamic Banking?
- was machen islamische Banken?
- soll sich EZ in diesem Bereich engagieren?

2. Hintergrund (1): Bedeutung islamischer Wertvorstellungen

Beispiel: die “Sundûq al-Tawfîr”-Affaire in Ägypten (1903) - Erfahrungen bei der Einführung des Postsparewesens in Ägypten:

- (i) Einfluss islamischer Wertvorstellungen auf das **Verbraucherverhalten**, und zwar auch wenn der Staat diese Vorschriften (konkret: Zinsverbot) nicht mehr durchsetzt;
- (ii) **Akzeptanz von Finanzdienstleistungen** in der Bevölkerung kann davon abhängen, dass Institutionen (konkret: Postsparebuch) an islamische Wertvorstellungen/Kultur angepasst sind;
- (iii) Eine solche Anpassung ist möglich: Voraussetzung ist eine **Kooperation mit den religiösen Autoritäten**, die die entsprechenden Normen verwalten.

3. Hintergrund (2): Das Verbot des *ribâ* im islamischen Recht

- *Ribâ* bedeutet wörtlich “Zuwachs”, juristisch “Wucher” oder “Zins”
- **Koran** Sure II: 275: “Gott hat den Kauf [*bay*] erlaubt und den *ribâ* verboten”
- **Hadîth**: “tausche nicht Gold gegen Gold, Silber gegen Silber, Datteln gegen Datteln, Weizen gegen Weizen, Gerste gegen Gerste und nicht Salz gegen Salz außer gleich für gleich, Stück für Stück, von Hand zu Hand”
- **al-Kâsâni** (Jurist, gest. 1191): verbotener *ribâ* ist “jeder geldwerte Vorteil beim gegenseitigen Vertrag, dem keine Gegenleistung gegenüber steht”
- Islamic Banking: *ribâ* ist gleichzusetzen mit Zins („*fâ'ida*“)

Anmerkung: Zinsverbot nur in wenigen Staaten heute Bestandteil des staatlichen Rechts (Saudi Arabien, Sudan, Iran)

4. Islamic Banking

- Definition: “Banking im Einklang mit den Bestimmungen des islamischen Rechts”; umgesetzt typischerweise durch **Selbstverpflichtung** in Satzung oder Vertrag: “[*Bank*] is bound by the principles of Islamic law and will not engage in any activities that violate mandatory provisions of the Sharî'a or Muslim customs” oder “*Les crédits ont été attribués conformément aux principes islamiques*” (Mali Bank);
- Abgrenzung gegenüber konventionellen Banken: “zinsloses Banking” oder besser “**Profit Banking**”: kein Gewinn ohne unternehmerisches Risiko; Folge: Transaktionen auf Beteiligungsbasis;
- Grundlage einer **islamischen Wirtschaftsordnung** (“dritter Weg” zwischen Kapitalismus und Sozialismus”), geprägt von Zinsverbot, sozialer Gerechtigkeit, Monopolverbot, Sozialbindung des Eigentums, Spekulationsverbot.

5. Entwicklung der islamischen Banken

- Anfänge: *Sundûq al-Tawfir* (1903)
- Mit Ghamr: ägyptisches Nildelta (1963) "Islamische Raiffeisenbank"
- Islamic Development Bank (1975): islamische Entwicklungsbank
- kommerzielle islamische Banken: Kuwait Finance House (KFH); Dalla Al-Baraka-Gruppe; Dar Al Mal Al Islami Trust;
- internationale Banken (CitiBank, UBS, DreKW, Deutsche Bank)
- Heute Vermögen von ca. 200 bis 400 Billionen US Dollar nach islamischen Prinzipien angelegt; Wachstum zwischen 10 und 20% p.a.

6. Was machen islamische Banken?

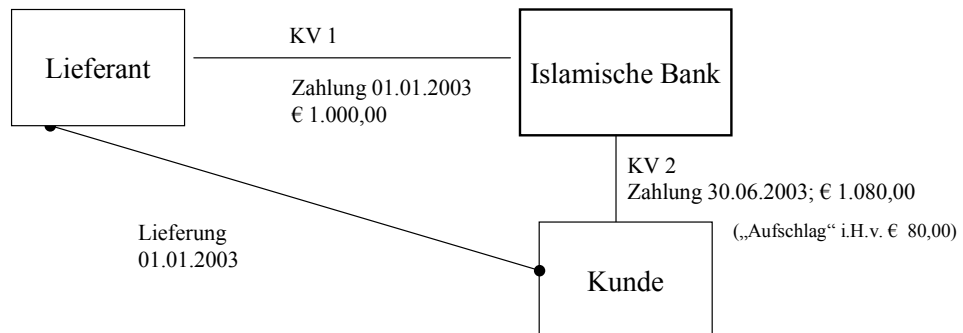
Die weitaus meisten islamischen Banken stehen in Konkurrenz zu herkömmlichen Banken. Folge: islamische Produkte müssen wettbewerbsfähig sein (d.h. idealiter wirtschaftlich einem konventionellen Produkt entsprechen und gleichzeitig islamisch erlaubt sein).

- *Murâbaha* ("mark-up sale"): Handelsfinanzierung, Verbraucherkredite;
- Leasing (*ijâra*);
- *Mushâraka* (Beteiligungsfinanzierung/Private Equity): Unternehmensfinanzierung
- *Mudâraba* (heute meist Fonds): Kapitalanlage
- *Sukuk*: islamische Staatsanleihen

Interessant in der EZ/Microfinance: insb. *Murâbaha* und *Mushâraka*.

7. Murâbaha (1)

- Prinzip: **Bank kauft Wirtschaftsgut und verkauft dieses** mit Aufschlag ("mark-up") weiter **an Kunden**; Kaufpreis in Vertrag mit Kunden wird kreditiert;
- Einsatzbereiche: Handelsfinanzierung, Verbraucherdarlehen, Eigenheimfinanzierung;



8. Murâbaha

Unterschiede/Nachteile im Vergleich zu herkömmlicher Kreditfinanzierung:

- Bank als Zwischenhändler: Verlust/Mängel des finanzierten Wirtschaftsgutes. Haftet hierfür die Bank gegenüber Kunden wie ein Verkäufer?
- Muss Kunde der Bank Wirtschaftsgut nach Bestellung auch abkaufen?
- Steuerrecht: doppelte Grunderwerbsteuer etc.? Diskussion in UK
- höheres Risiko = höhere Kosten?

9. *Mushâra* (1)

- Prinzip: Bank beteiligt sich an Unternehmen (statt diesem Kredit zu gewähren): Arrangement ähnlich stiller Gesellschaft oder Private Equity Beteiligung;
- **Inbegriff des Profit Banking:** Finanzier als Teilhaber/Beteiligung an unternehmerischem Risiko;
- Anwendungsbereich: Unternehmensfinanzierung;
- Insb. “**diminishing Mushâra**”, bei der mit “Tilgung” des “Kredits” aus Einnahmen der Gesellschaft die Beteiligung der Bank sukzessive verringert wird (und am Ende der Laufzeit null beträgt).

10. *Mushâra* (2)

Unterschiede zu herkömmlicher Kreditfinanzierung:

- Beteiligung der Bank am **unternehmerischen Risiko** des finanzierten Vorhabens; erfordert genaue Kenntnis des Vorhabens und der Branche;
- Statt Rückzahlung eines Kredits wird “Darlehen” durch Rückkauf oder Veräußerung von Beteiligung abgelöst; Problem **Exit** wie in der VC Branche (Illiquidität bestimmter Investments, Marktschwankungen ...)
- Kapitalerhaltungsvorschriften: Eigenkapitalersatz (Nachrang in Insolvenz); Beschränkungen für den Rückkauf eigener Anteile (soweit nicht Zahlung in Rücklage erfolgt).

11. Shari'a Principles und Shari'a Boards

Wer bestimmt eigentlich, was islamisch ist?

- Diskussion in der islamischen Rechtswissenschaft über das Zinsverbot, verschiedene islamische Bankgeschäfte etc.
- **Rechtsgutachten** ("fatâwâ") islamischer Gelehrter zu bestimmten Fragen (Postsparbücher, Lebensversicherungen, Staatsanleihen, Entwicklungsbonds ...)
- **Shari'a Boards**: Religiöser Beirat, der Bank in islamisch-ethischen Fragen berät (ähnlich wie bei ethisch ausgerichteten Banken und Investmentfonds in Deutschland: Corporate Governance Struktur, die Unternehmensleitung um ethische Komponente ergänzt); Prüfung der Geschäftstätigkeit der Bank hin auf islamische Erlaubtheit; Testat nach Vorbild von WP-Testat (Marketingmaterialien, Internet ...)
- **NGOs** (z.B. AAOIFI, mit Sitz in Bahrain, entwickelt neben Bilanzierungs- auch Sharia-Prinzipien, ähnlich dt. Corporate Governance Codex oder anderer "Best Practice"-Regularien).

Religiöse Legitimität wird ausserhalb des Kapitalmarktes produziert. Bank kauft diese gewissermaßen zu. Das gilt insbesondere dort und in dem Umfang, wo eine nichtislamische Institution Islamic Banking betreibt.

GLEISS LUTZ

Rechtsanwälte

- 13 -

12. Chancen und Perspektiven in der EZ

- (i) Pragmatisch
 - Akzeptanz bei Verbraucher; höhere Reichweite von Kredit, Mobilisierung von Kapital;
 - Zusammenarbeit mit islamischen internationalen und supranationalen Organisationen (IDB etc.); Teil eines interkulturellen Dialoges auf wirtschaftlichem Gebiet.
 - Tätigkeit in best. Staaten: Anpassung von Finanzierungen an zwingende Bestimmungen des staatlichen Rechts (Sudan, Iran, Pakistan).
- (ii) Strategisch/wirtschaftspolitisch
 - Wirtschaftliche Verantwortungsethik durch stärkere Einbindung des Kreditgebers in das unternehmerische Risiko;
 - Nachhaltiges Investment bei Beachtung islamischer Grundsätze.
- (iii) Visionär/utopisch
 - Gerechtere Weltwirtschaftsordnung ohne Zinsen;
 - Lösung der Verschuldungskrise.

GLEISS LUTZ

Rechtsanwälte

- 14 -

Offene Diskussionsrunde zum Vortrag Dr. Bälz:

Was sind die Beweggründe für Kunden islamischen Banken zu wählen, welche relativ teure Finanzierungsformen anbieten. Wählt man diese Banken aus religiösen Gründen oder gibt es auch andere Gründe?

Nutzer der islamischen Banken, bzw. Gründe für die Nutzung solcher sind

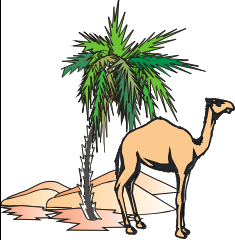
- 1 fromme Muslime
- 2 politische Vorgaben durch bestimmte Regierungen (Bsp. Iran), die Islamic Banking Prinzipien vorschreiben
- 3 „global reach“. Bsp. Handelsfinanzierung in den Sudan. Beim Export in islamische Länder bietet sich eine islamische Bank an.

Wer bezahlt die religiösen Aufsichtsräte dieser Banken?

Am Ende der Kunde.


Islamic Banking Principles in Current Microfinance (MF) Practice – a case study from Mali

Michel Arnoult,
Agrarökonom, Projekt Dezentrale Finanzinstitutionen, Mali



AZAOUAD FINANCES

**The first Islamic microfinance
institution in West Africa**



A brief history of the north of Mali and Léré



Léré a small city of 12 000 inhabitants on the border of the Sahara desert.

A region hardly stressed by successive droughts (1974 and 1984) and tuaregs rebellion (1990 to 1993).

Local communities (Tuaregs, Maures and other tribes) progressively abandoned nomadism and traditional agro-pastoralist activities for developing income generating activities.

Conditions for the implementation of the program

- Léré becomes a major exchange and market center in the north of Mali, the volume of which has been estimated up to 10 Mio Euros per year:
 - Livestock mainly exported to Senegal, Ivory coast and Mauritania;
 - Cereals for local consumption and national market;
 - Tax-free goods imported from Mauritania.
- A growing number of performing SMEs with huge and profitable business opportunities.
- A lack of financial services (no microfinance institutions and no banking windows).
- A will of the local population to create and to strongly capitalize their own microfinance institution.

AZAOUAD Finances

An innovative microfinance institution

- Profit oriented institution having a statute of a joint stock company with a majority of private shareholders (75% of share capital).
- Legally registered as a non banking institution under the PARMEC law (Special decree for non-mutual organization). Obligation to fulfill prudential regulations and reporting requirements close to the banking ones that are more strict than requirements for microfinance institution.
- Audited by a chartered audit company and supervised directly by the Central Bank (BCEAO).
- Do not enjoy tax exemption like other micro finance institutions (Tax for services and tax for profit).
- The first Islamic Micro finance experience in West Africa.

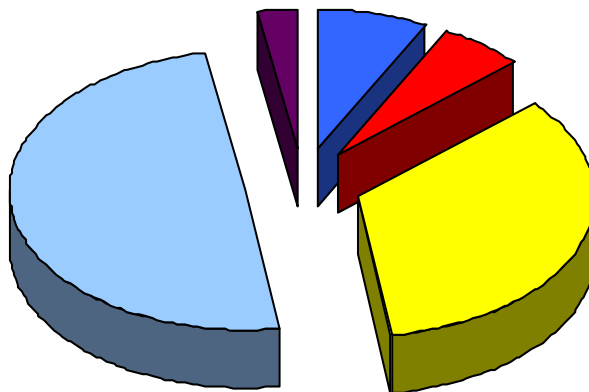
The main characteristics of the financial activity

- 529 private shareholders and one institutional investor (FIDES, the supporting organization providing expertise) holding 25% of the share capital.
- 571 clients and 593 accounts.
- Offering a wide range of financial services to its clientele (Several type of current accounts, check, time deposit, compensation with BNDA, SWIFT banking transfer).
- Several credit instruments to fit the need of the clients (leasing, documentary credits, real estate loans, overdraft facility, lending group technology for agriculture loans).
- Borrowing additional financial resources on the banking market at commercial rate.
- Targeting full operational and financial sustainability without receiving grants or subsidies (except for banking equipment granted by Raiffeisen as well as the building and TA financed by the German Cooperation).

Key data at the end of the first year of operation (as of June 30, 2003)

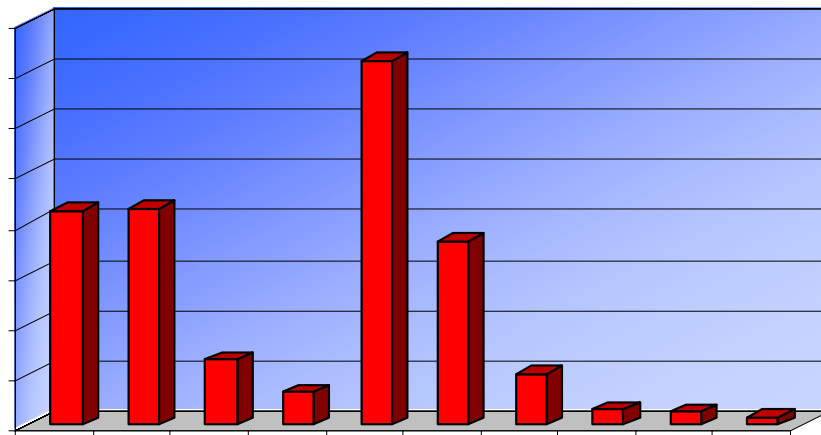
ASSET (in Euros)		LIABILITIES (in Euros)	
Cash and liquid assets	20 852	Borrowings (Overdraft BNDA)	66 883
Investments in banks	0	Other borrowings	38 110
Receivables	0	Other payables	0
Treasury	20 852	Total borrowings	104 992
Outstanding loan to customer	444 183	Current accounts (sigh deposit)	63 310
Overdue loans	1 837	Fixed term deposits	143 293
Provision on overdue loan	-1 143	Other payables	3 272
Total loan (net)	444 876	Total deposit	209 875
Due from shareholders	46 585	Charge to be paid	305
Debtors	0	Creditors	0
Suspense accounts	8 263	Suspense accounts	318
Other assets	54 848	Other liabilities	623
		Share capital paid-in	105 854
		Share capital not yet paid	46 585
Long term financial investments	0	Reserves	10 003
Intangible assets	1 253	Subsidies (equipment)	7 785
Fixed assets	10 159	Net profit current year	44 007
Depreciation of fixed assets	-2 263	Accumulated losses	0
Fixed and intangible assets (net)	9 149	Total Equity	214 235
TOTAL ASSET	529 726	TOTAL LIABILITIES&EQUITY	529 726

Loan portfolio characteristics



Cumulative loans granted in an amount of 797 600 Euros since one year
 Average loan amount : 1 461 Euros, Average loan duration: 5,5 months
 Loan repayment rate: 99,8%, Loan portfolio at risk (maturity): 0,41%

Composition of the share capital



Share capital mainly hold by small shareholders who have paid-in 1 to 5 shares (15 to 75 Euros).

Profitability, prudential and performance ratio

Financial income	82 046
Financial expenses	6 710
Gross interest margin	75 337
Staff expenses	12 748
Operational expenses	6 816
Provisions	21 743
Operational margin	34 030
Subsidies and grant	0
Reversal of provision	10 108
Exceptional expenses	131
Net profit (before tax)	44 007

Profit and loss statement (in Euros)

Liquidity ratio	94,13%
Capital adequacy ratio	40.44%
Capital to loans	48.23%
Exposure to a single borrower	2,39%
Insider lending ratio	10.30%
Exposure to a single insider / Capital	4,98%
Working capital / Total asset	38.72%

Main prudential ratio

Net interest margin	18.44%
Staff cost / Gross income	15,53%
Operational costs / Gross income	23,84%
Total cost for a 100 loan	5,89%
Operational cost for a 100 loan	4,39%
Return on equity	41,57%
Return on asset	8.31%

Main performance ratio

The comparative advantages with regard to classical microfinance institutions

- A clear mission statement and a clear ownership (one share, one vote) implying good management and governance practices.
- An institution performing a banking activity but based on a strong social control like microfinance institutions.
- Good capitalization level insuring long-term financial sustainability in an unstable and risky economic environment.
- Good profitability based on a high net interest margin, a good management of the loan portfolio and low operational and transaction costs.

The raisons and the methodology for establishing an Islamic financial institution

- A wish of the founder shareholders to invest and to work with a financial institution operating in accordance with Islamic law (Schariah).
- In the north of Mali where the society is strongly Islamized, the necessity for a financial institution to fulfill Islamic principles is a condition for a proper implementation and success.
- Preceding the creation of the institution, a working group with Imams from the various mosques as well as the Kaadi (the religious authority of all mosques) has been constituted for designing a set of financials instruments compatible with Islamic principles.

The Islamic rationales applicable in AZAOUAD Finance

- Money cannot be considered as a good that can be sold or rent. It is prohibited to charge interests (Riba) regardless of the purpose for which loans are made and regardless of the rates at which interest is charged.
- Profit/Loss sharing between the financial institution and its client is permissible (mudarabha). Therefore, loans are considered as equity participation (musharaka) or risk-capital fund invested into the enterprise or the business of the client. The profit/loss sharing ratio is negotiated between the bank and its client when the loan contract is signed. It can be revised at the termination of the contract depending on the real profit made by the borrower.
- Purchase and resale goods with a profit (murabaha), leasing equipment, machinery or building (ijara) and billing for services offered to its client are allowed.
- For applying the profit/loss sharing principle, the payment of dividends on share is allowed.
- As far as the shareholders and the clients are not concerned, the bank can perform transactions with non-Islamic banking institution (invest or borrow funds).
- Instead of individuals, the bank is not obliged to contribute to the “Zakat” (a charity contribution payable by each Muslim).

Applied Islamic principles for loans

- Building (shops as well as storage facilities), transportation means (cars, trucks) and machinery are usually financed with a leasing contract.
 - Goods are financed whether in cash or in kind. In the last case, the client has the obligation to identify a trustful supplier to whom the money is given and who is fully responsible for purchasing and delivering the goods required by the client. The purchase value of the goods plus a part of the profit earned by the client is reimbursed to the bank.
 - For loan granted in cash, expected profit is estimated with a simplified budget statement established in the loan application. The rate of return for the investment made by the bank is usually set at 25% of the net profit made by the client.
 - With the gained experience, norms have been set (equivalent to an interest rate of 33% per year for fuel trading, 28% for tea or sugar, 17% for cereals producing, 25% for consumption loans or overdraft facility).
 - Rate of return are periodically adjusted by the board depending on market conditions. The bank may renounce to call for the repayment of the loan in case of the business done by the client was not profitable as it was expected or fails.
- “Returns on loans” are usually paid up-front.

Applied Islamic principles for deposits and shares

- The bank charges fees for current accounts (no interest bearing), for money transfer as well as check payment or compensation.
- For term deposit, the bank is engaged to pay the depositors a positive return, the amount of which has been determined in the deposit contract. Depending on its own profitability, the bank may decide to provide the client a bigger return than it was initially stated in the deposit contract. Against the local banking law, loss sharing principle cannot be applied for deposit.
- For improving the capitalization level, net profit after tax will be entirely allocated to reserves for the three first years of operation.
- Starting from the year 4, dividends will be paid whether in cash or by granting additional shares to the shareholders.
- Starting from the second year of operation, new shareholders will have to pay share premium.
- The board decides that the bank have to contribute to 'Zakat'. For that purpose, 5% of the net profit is allocated to a charity fund managed by the religious authority (the Kaadi).

The role of the religious authority (the Kaadi)

- All credit and term deposit contracts signed by the bank and its client are legalized by the Kaadi who act as a notary and who is responsible for:
 - Enforce the respect of the terms, conditions and obligations of both parties.
 - To resolve any disagreement or dispute between the bank and its clients.
 - To estimate and determine how the loss should be shared between the bank and the default borrower.
 - To enforce the debtor to pay back the due amount in case of his responsibility is demonstrated.
 - To sell collateral on behalf the bank when loans are secured with collateral.
- The bank pay the Kaadi a fee (a lump sum in an amount of 4 Euros for each contract legalized).

Constraints and positive aspects

Main constraints:

- Could be perceived by local authorities and other potential partners as a manifestation of Islamic fundamentalism.
- The necessity to maintain a high capitalization level and high interest margin for covering important potential losses.

Positive aspects:

- Technically easy to implement.
- Ensuring a positive behavior of the client.
- Minimizing the risk of dispute or/and fraud.
- Strengthening the social control and making the borrowers more responsible for loan repayment.
- Profit sharing principle generating a higher profitability than classical interest.
- Large opportunities to replicate this concept in similar economic and social environments.

FIDES

FINANCES POUR LE DEVELOPPEMENT ECONOMIQUE ET SOCIAL

Aufbau nachhaltiger Finanzinstitutionen im Auftrag der GTZ im Rahmen des Programms Mali-Nord der GTZ

von Dr. Konrad Ellsäßer, FIDES¹

Im Norden Malis im Übergangsbereich des Sahel zur Sahara, einem ehemaligen Bürgerkriegsgebiet, wurden durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen zur Befriedung und zur Entwicklung der Region unternommen. Im Rahmen der GTZ-Vorhaben ‚Mali Nord‘ und ‚Dezentrale Finanzsysteme‘ wurde eine Finanzinstitution gegründet, die islamkonforme Finanzgeschäfte tätigt, AZAWAD FINANCE SA. Angesichts des Erfolges dieser Gesellschaft, deren Aktionäre lokale Kleinunternehmer sind, soll in den nächsten Jahren schrittweise ein Netz von solchen Institutionen gegründet werden. FIDES, eine Mikrofinanzorganisation arbeitet im Auftrag der GTZ an diesem Vorhaben. Der Aufbau der Institution, das Schaffen von respektierten Regeln, die für das Funktionieren einer Finanzinstitution unabdingbar sind, brachte das Vorhaben in einen Dialog über respektierte Werte und durch den Islam geprägte Lebensprinzipien, die die wichtigste Gemeinsamkeit zwischen ehemaligen Konfliktparteien darstellen. Nachfolgend einige Charakteristika der Vorgehensweise:

1. Die Bemühungen zur Finanzsystementwicklung im Norden Malis werden als ein konkreter Beitrag zur Friedenssicherung über die Öffnung von Perspektiven wirtschaftlicher Entwicklung gesehen. Einer der Gründe des Konfliktes war ja die soziale und wirtschaftliche Marginalisierung des Nordens und seiner Bevölkerung innerhalb des Landes. Teil dieser Marginalisierung ist bis heute das nahezu vollständige Fehlen von formellen Finanzdienstleistungen nördlich einer Linie Niono-Mopti. Dies bedeutet, dass fast zwei Millionen Menschen von einem ganz wesentlichen Element für wirtschaftliche Entwicklung ausgeschlossen sind (Jüngere Arbeiten von Wirtschaftshistorikern unterstreichen die entscheidende Bedeutung des

¹ AVENUE AGROPOLIS, 34 394 MONTPELLIER CEDEX 5, FRANCE
TELEPHONE: (33) 467 04 75 66 TELEFAX: (33) 467 04 75 09 E-MAIL: fides@agropolis.fr

Zugangs zu Spar- und Kreditmöglichkeiten für Entwicklung, gerade in armen Ländern).

2. Die GTZ und die Weltbank haben vor ca. 5 Jahren mit vorbereitenden Arbeiten (Studien, Seminare) einen wichtigen Beitrag zur Schaffung der Nationalstrategie Malis für das Mikrofinanzwesen geschaffen²³. Dieses Strategiedokument (wie auch die Nationalstrategie zur Armutsbekämpfung), unterstreicht die Notwendigkeit, in diesem Bereich im Norden des Landes aktiv zu werden, um weitere Krisen zu vermeiden. Mit der Initiative in Léré leistet die GTZ hier Pionierarbeit, wie auch bei den vorhergegangenen Befriedungsanstrengungen. Fast allen malischen Mikrofinanzorganisationen und auch nahezu allen Gebern war das Risiko zu hoch, mit dieser Zielgruppe und in diesem geographischen Gebiet aktiv zu werden.

3. Die Notwendigkeit zur Finanzsystementwicklung ergibt sich auch aus der spezifischen Entwicklung der Region:

Traditionell leben hier mehrere ethnische Gruppen, deren Lebensgrundlage vorrangig die Inwertsetzung der natürlichen Ressourcen ist: Viehhaltende Nomaden (Touareg, Peulh), Bauern auf der Basis von Regenfeldbau (Sonrai, Bambara, Dogon), Fischer entlang des Nigerflusses (Bozo). Die Wirtschaft beruhte bis vor kurzer Zeit größtenteils auf Tauschhandel zwischen diesen Gruppen. Die Region ist bis heute vom Rest Malis wegen der schlechten Verkehrsverbindungen weitgehend isoliert.

Wie der Sahel insgesamt, hat diese Region in den letzten 30 Jahren einen raschen Wandel erlebt, dessen wesentlichste Elemente waren:

eine Abfolge von Dürreperioden und eine Degradation der natürlichen Ressourcen

das Wachstum der Bevölkerung.

Beide Phänomene zusammen haben dazu geführt, dass die Bevölkerung sich von ihren traditionellen Aktivitäten nicht mehr ernähren kann. Sie sucht in neuen Tätigkeiten zusätzliches Einkommen zu erwirtschaften: im Handel, der Tiermast, im Bewässerungsfeldbau, im Handwerk und im Dienstleistungssektor. Eine besondere Rolle spielen hierbei die Frauen. Die Mehrzahl der neuen Berufe und Aktivitäten beruhen auf ihrer Initiative.

Der bewaffnete Konflikt Anfang der Neunzigerjahre hat diese Phänomene noch verstärkt. Einerseits führte er zur Vernichtung traditioneller Lebensgrundlagen wie des Viehs, andererseits lernten viele, vor allem junge Leute im Exil in

² FIDES arbeitete im Auftrag der GTZ an diesem Prozess.

Flüchtlingslagern neue Berufe, die sie nach der Rückkehr in den Norden Malis weiter ausübten. Darüber hinaus war der Norden Malis in den Neunzigerjahren Ort eines bewaffneten Konflikts, von dem sich die Wirtschaft der Region nur langsam erholt.

Das Aufkommen neuer Tätigkeitsfelder geht einher mit einer Monetarisierung der Austauschbeziehungen. Geld hat den Tauschhandel weitgehend ersetzt.

Die Öffnung der Region nach außen und die weitgehende Monetarisierung der Austauschbeziehungen ging nicht mit der Einrichtung dem Entwicklungsstand entsprechender Finanzinstitutionen einher. Verfügbare Finanzdienstleistungen sind auf informelle Kredite beschränkt, die von mauretanischen Großhändlern an ihre Kunden gewährt werden.

Das Fehlen angepasster formeller Finanzdienstleistungen ist heute eines der Hauptprobleme für die weitere Entwicklung der Wirtschaft und zwar sowohl für Kleinunternehmer als auch für größere Betriebe.

4. Die Strategie des Programms Mali Nord integriert diese Lesart der Situation: Nach einer Phase der Unterstützung der Rückkehr der Bevölkerung und friedensstiftenden Massnahmen, der Schaffung wichtiger Infrastrukturen und zahlreicher anderer Initiativen hat sich das Programm verstärkt wirtschaftlichen Aspekten zugewendet. Hier hatte das PMN die Funktion eines Marshallplans. In den letzten Jahren stand hierbei Schaffung bewässerter Anbauflächen im Zentrum, diese sind wichtige Sicherheitselemente für die Ernährungssicherung in einem klimatisch riskanten Umfeld, sie werden von der Bevölkerung auch so verstanden und angenommen. Die Schaffung der Reisperimeter zeigt auch einen anderen Aspekt des PMN: die Organisation von Entwicklungsschritten auf der Ebene, auf der Konflikte lösbar sind und auf der die konkrete Umsetzung nachhaltig möglich ist, weil bereits starke soziale Organisationen existieren. Dies ist hier der Fall auf der Ebene der Dorfgemeinschaften bzw. der „Fraktionen“, dem Äquivalent bei nomadischen, nicht territorial gebundenen Gruppen.

Die Schaffung von lokalen Banken ist in diesem Zusammenhang ein weiterer logischer Schritt: Die Schaffung von Finanzinstitutionen, die sozial verankert sind und deren Funktion es ist, die alten und neuen wirtschaftlichen Aktivitäten der Bevölkerung durch den Zugang zu Kapital zu stärken. Die Finanzinitiative wurde von der ersten Idee an von den Verantwortlichen des PMN getragen und unterstützt.

5. In der Initiative zur Begründung einer Finanzinstitution in Léré wuchsen somit mehrere Elemente zusammen:

Die Nachfrage der Bevölkerung nach Finanzdienstleistungen und ihre Bereitschaft zu deren Schaffung erhebliche Anstrengungen zu unternehmen,

Die Unterstützung des malischen Finanzsektors durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit,

Die Vorarbeit des PMN im Bereich der Befriedung und der Wirtschaftsförderung, sowie das durch seine Arbeit geschaffene Vertrauen der Bevölkerung, das einen so schwierigen Entwicklungsschritt erst möglich machte.

Wir von FIDES sind natürlich stolz, in diesem Zusammenhang durch die Einbringung unserer Kompetenz in der Finanzsystementwicklung einen Beitrag leisten zu können.

6. Der Begründung der Finanzinstitution in Léré ging eine intensive Vorbereitungsphase voraus. Sie diente zunächst dazu, den Unternehmern in Léré Zugang zu Ausbildung und Information zu geben. Keiner der lokalen Beteiligten kannte sich im Bankwesen aus, keiner war vorher Aktionär oder gar Entscheidungsträger einer Finanzinstitution gewesen. Gute Kenntnisse waren aber entscheidend wichtig,

Um den Beteiligten die Abschätzung der Risiken und Kosten eines Engagements zu ermöglichen,

um Schritt für Schritt die Form der Institution, ihre innere Organisation und ihre Finanzprodukte herauszuarbeiten.

Deshalb war die Erarbeitung des Konzeptes der Bank und ihrer konkreten Umsetzung ein längerer Prozess in dem nach und nach alle Elemente erarbeitet wurden, die Vor- und Nachteile verschiedener Optionen jeweils überprüft wurden und sich Entscheidungen nach und nach herauschälten. Dieser Prozess fand übrigens vor allem nachts statt, das die meisten Kleinunternehmer ihre Läden und Werkstätten tagsüber nicht allein lassen konnten. Die durch die jahrelange Aktivität des PMN geschaffene Vertrauensbasis war in diesem Zusammenhang ein wichtiges Element, das vieles erst ermöglicht hat.

7. Die Auseinandersetzung mit dem Islam entstand in diesem Zusammenhang. Es wurde bald klar, dass die gemeinsame Gründung einer Bank, unter Einschluss aller ethnischen Gruppen, auch der, die sich vorher bekämpft hatten oder die vorher in Abhängigkeitsverhältnissen gelebt hatten, gewaltigen Konfliktstoff birgt. Der einzige wirklich von allen geteilte Referenzrahmen war die islamische Religion. Insofern war eine Schiedsfunktion anerkannter islamischer Geistlicher ein integrierbares Element, das als weit tragfähiger erschien als die (meist korrupte) staatliche Rechtsprechung.

Andererseits hat aber der Islam verschiedene Interpretationen von Finanzgeschäften, die sofort zu neuen Auseinandersetzungen führten. Während etliche Gruppen eine ganz normale Geschäftsbank wollten, wurde rasch klar, dass eine solche einen anderen Teil der Bevölkerung von Léré ausschliessen würde. Dies brachte schliesslich die Initiatorengruppe von etwa 40 Unternehmern dazu, sich für eine korankonforme Finanzinstitution zu entscheiden. Diese Ausrichtung war also kein konstituierendes Element von Anfang an, mit dieser Entscheidung wurden zwei Ziele verfolgt:

Die Schaffung von Mechanismen der Schlichtung und der Möglichkeit, sozialen Druck auf säumige Zahler ausüben zu können.

Die Integration aller Bevölkerungsgruppen, auch derer die klassische Kreditgeschäfte aus Religionsgründen ablehnen.

Die Schaffung von islamkonformen Produkten war also kein Ziel an sich, sondern ein Mittel zum Zweck. Es hat heute vor allem zwei wesentliche Auswirkungen:

Die Senkung von Risikokosten, die Kreditrückzahlung ist in Léré mit über 99% besser als in allen anderen malischen Finanzinstitutionen.

Die Verhinderung des Ausschlusses eines Teils der Bevölkerung (bei vielen anderen Entwicklungsprojekten der Fall).

Die Bank wird heute schon allein durch ihren Entstehungsprozess und die Form, die sie genommen hat, von der Bevölkerung als Teil des Befriedigungsprozesses angesehen. Der Dialog zwischen Islam und kapitalistischen Bankprinzipien war auch deshalb beeindruckend, weil er Ende 2001/Anfang 2002 gleich nach dem 11. September stattfand. Er machte auch deutlich, dass es hier keine unüberbrückbaren Gegensätze gibt, sondern dass „best practice banking“ durchaus mit islamischen Prinzipien zusammengeführt werden kann. Die Initiative in Léré ist heute eine profitable Finanzinstitution geworden.

8. In diesem Zusammenhang scheint es mir wichtig, dass es auch ein Anliegen der Bevölkerung war, diese Widersprüche durch entsprechende technische Lösungen aufzulösen. Sie wollte nicht eine marginale Institution für eine marginale Bevölkerungsgruppe, sondern eine „Main stream“- Institution, die alle aufsichtsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt und ihren Platz in der malischen Institutionenlandschaft findet. Es gibt heute in der Region nach dem bewaffneten Konflikt einen echten Willen, Teil des malischen Staates zu sein, und die Schaffung

einer malischen Finanzinstitution, die den Leuten von Léré selbst gehört, ist hierzu ein wichtiger Schritt, der die Initiatoren mit einem gewissen Stolz erfüllt.

9. Lessons learned:

Die Erarbeitung der Form der Institution ausgehend von der Nachfrage und den Werten der Zielgruppe ist hier Erfolg versprechender als das Überstülpen von Modellen. Dies ist zwar in einer Anfangsphase aufwendiger, ist aber auf lange Sicht wirtschaftlich und sozial tragfähiger, vor allem weil es Risiken vermindert und Konflikte lösbar macht. Hierzu ist ein interkultureller Dialog notwendig, der für beide Seiten von Interesse ist (win-Win-Situation).

Der dringend notwendige Zugang zu Finanzdienstleistungen ist ein so starker Anreiz, dass er ermöglicht, selbst alte und schwierige Konflikte zu überwinden. Er kann damit friedensfördernd sein. Hier ist aus unserer Sicht aber Vorsicht geboten, gerade weil der Zugang zu Kredit- und Sparmöglichkeiten ein starkes Instrument ist, das Zukunftschancen neu verteilt. In vielen Fällen werden Gruppen versuchen, Machtgleichgewichte durch selektiven Zugang zu verschieben und damit neue Konflikte heraufbeschwören.

Übertragbar auf andere islamische Länder ist sicherlich die Methode der Erarbeitung, weniger die spezifische Ausprägung der Institution. Hier geht es nicht einfach darum, sich „dem Islam anzupassen“, sondern einen offensiven Dialog zu führen, über die Vor- und Nachteile von Lösungen. Die islamischen Finanzregeln haben konkrete Ziele der Vermeidung von Ausgrenzung und von Härtefällen. Es geht letztlich um Elemente, die im deutschen Recht mit dem Begriff „sittenwidriger Vertrag“ definiert sind. Es ist immer wieder interessant, die Reaktion von Islamgelehrten zu sehen, wenn sie erfahren welche Lösungen das Bankwesen im Laufe der Jahrhunderte entwickelt hat, um gerade diese Probleme anzugehen.

Die Übertragung erscheint mir nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig. Nordafrika einschliesslich Mauretanien, der Mittlere Osten und bestimmte Länder Asiens sind heute die letzten weissen Flecken auf der Landkarte des Mikrofinanzwesens. Der Hauptgrund ist das Religionsproblem. Dadurch sind vor allem arme Leute von Finanzdienstleistungen ausgeschlossen und verbleiben vielfach in Schuldknechtschaftsverhältnissen. Dieses Problem lässt sich lösen, in vielen Ländern könnte die GTZ die gemachte Erfahrung einbringen, so etwa in Zentralasien, wo die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verstärkt in der Finanzsystementwicklung involviert ist.

Gerade im Bereich Armutsbekämpfung ist der Islamdialog interessant, weil auch der Koran zu Fragen der Armut klar Position bezieht und hier Kompatibilität erzielt werden kann.

Neben dem Islamaspekt scheint mir ein weiterer Gesichtspunkt wichtig und auf andere Situationen übertragbar: die Rolle von Mikrofinanzsystemen in Postkonfliktsituationen. Léré zeigt, dass der Aufbau von angepassten Finanzinstitutionen ein Mittel sein kann den Übergang von einer Ernährungssicherungssituation hin zu eigenständigen wirtschaftlichen Aktivitäten zu stützen. In den meisten Postkonfliktsituationen ist es der Mangel eines Anfangskapitals der die Menschen darin hindert, selbst Einkommen zu schaffen und ihre Situation zu sichern.

„Geht es der Bank schlecht, geht es allen schlecht“

Die friedensfördernde Wirkung der ersten islamischen Privatbank in Mali

Ein Interview der Eigenmaßnahme „Islam und TZ in Afrika“ der GTZ mit Horst Hertel, Regionalleiter Sahel und Zentralafrika der GTZ, Eschborn am 08. Dezember 2003

Herr Hertel, Sie haben seit zehn Jahren die Auftragsverantwortung für das Vorhaben „Programm Mali-Nord“ und damit auch für die Programmkomponente „Förderung dezentraler Finanzinstitutionen“. Wie ist es zur Gründung einer Bank, die nach islamischen Prinzipien operiert, gekommen?

Nach zwei Dürrekatastrophen Mitte der siebziger und Mitte der achtziger Jahre war die sozioökonomische Basis der nördlichen Region des Landes zerstört, deren Bewohner vorwiegend von der Viehzucht und vom Regenfeldbau lebten. Dies führte zur Verarmung der Menschen und zu einer verstärkten Abwanderung aus der Region.

Die Gelder der internationalen Nothilfe erreichten nicht die Menschen in den von den Dürren betroffenen Gebiete; sondern versickerten in der Hauptstadt Bamako.

Dies und die unerfüllten Forderungen der Tuareg nach Selbstverwaltung führten Anfang der neunziger Jahre zur Rebellion der Tuareg gegen den malischen Staat.

Gegen Ende des Tuareg-Aufstandes setzte sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit aktiv für eine Konsolidierung des Friedens ein. Das Kooperationsvorhaben „Programm Mali Nord“ der GTZ und der KfW unterstützte über eine erste Phase der Nothilfe seit 1994 rückkehrende Flüchtlinge.

In einer zweiten Phase wurde ab 1996 vorwiegend mit Hilfe von FZ-Mitteln die Rekonstruktion der Infrastruktur in der ehemaligen Krisenregion vorangetrieben: Verwaltungs- und Schulgebäude wurden errichtet.

Das "Programm Mali-Nord" hat den Schwerpunkt von Anfang an auf die wirtschaftliche Wiederbelebung und auf investive (vor allem arbeitsintensive) Maßnahmen gelegt und sich seit 1997 in seinem Projektgebiet zu einem fast flächendeckenden Programm der Ernährungssicherung und der Armutsbekämpfung entwickelt. Einhergehend mit der Sesshaftwerdung vieler Tuareg entlang des Nigers, wurde vorwiegend die Bewässerungslandwirtschaft durch den Bau von Bewässerungsperimetern unterstützt.

Einkommen schaffende Maßnahmen dienten dazu, die zurückgekehrten Flüchtlinge (im wesentlichen Nomaden) und intern Vertriebenen (im wesentlichen Sesshafte) sowie die verarmten zurück gebliebenen Bevölkerungsteile in Stand zu setzen, ihr wirtschaftliches und soziales Leben wiederaufzubauen. Die rasche Einbindung der arbeitsfähigen Zielbevölkerung in investive, arbeitsintensive und zugleich Einkommen schaffende Maßnahmen stärkte die Eigenverantwortung der Zielbevölkerung und deren Selbsthilfewillen, half, ethnische Konflikte zu vermeiden und verringerte die Gefahr erneuter Gewalttätigkeiten.

Bald zeigte sich, dass der zunehmende Kreditbedarf der Händler und Bauern ohne funktionierende Finanzinstitution in der Region nicht gedeckt werden konnte und damit ein wesentliches Hindernis für die weiter wirtschaftliche Entwicklung der Region darstellte. Es begannen Diskussionen unter den zukünftigen Nutzern einer Finanzeinrichtung über die mögliche Funktionsweise einer Bank. Im Laufe der Gespräche wurde einerseits deutlich, dass der Islam in dem ethnisch sehr heterogenen Gebiet das einzig verbindende Element zwischen den Bevölkerungsgruppen ist, und dass andererseits große Teile der Bevölkerung von der Nutzung einer Bank, die nicht nach islamischen Prinzipien arbeitet, ausgeschlossen sein würden.

Was lässt sich über soziokulturellen Wirkungen dieser Bank, die nach islamischen Prinzipien arbeitet, sagen?

Die Bank ist in Form einer Aktiengesellschaft organisiert. Jeder, der die Dienstleistungen dieser Bank in Anspruch nimmt, wird zugleich Aktionär der Bank. Dadurch, dass verschiedene Ethnien, deren einzig gemeinsamer Nenner der Islam ist, die Gemeinschaft der Aktionäre bilden, hat die Bank gleichzeitig ein friedensförderndes Element. Es gibt einen sozioökonomischen Druck dahingehend, sich bei auftretenden Konflikten zu einigen, denn: geht es der Bank schlecht, geht es allen schlecht. Die Bank vereint alle wichtigen Vertreter der verschiedenen Ethnien miteinander.

Was ist Ihre Meinung als Leiter der Regionalabteilung Sahel und Zentralafrika: sind die Erfahrungen dieses Vorhabens auf andere islamisch geprägte Regionen übertragbar?

Das Modell einer nach islamischen Prinzipien arbeitenden Bank hat meiner Meinung nach große Chancen im islamischen Kontext. Dort, wo der Islam der gemeinsame Nenner aller ist, funktioniert dieses Modell noch am besten, besser als westliche Finanzmodelle.

Können Sie anderen Vorhaben empfehlen, sich näher mit dem soziokulturellen Aspekt „Islam“ zu beschäftigen?

Eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit ohne die Berücksichtigung soziokultureller Faktoren kann ich mir nicht vorstellen. Gerade in den Sahel-Ländern, in Mauretanien, Mali, Niger und Tschad, kommt man, wenn man sich mit übergreifenden Themen beschäftigt, nicht umhin, mit den Imamen und anderen moralisch und religiös Verantwortlichen zu reden.

Podiumsdiskussion**Entwicklungszusammenarbeit und islamische
Gesellschaftsstrukturen – Potenziale für eine erfolgreiche
EZ****Referent/innen der Podiumsdiskussion:**

Peter Conze, Bereichsleiter Afrika, GTZ

Prof. Dr. Tirmiziou Diallo, Soziologe, Leiter der Privatuniversität Dakar/ Senegal, CIM

Kora Gouré Bi, Leiterin Referat Westafrika, DED

Elvira Ganter, Planung & Entwicklung, GTZ

Dr. Dr. Laoualy Adamou, Inhaber Lamou Consult GmbH

Moderation:

Holger Vagt, Personalreferent und Islamwissenschaftler, GTZ

Frau Ganter, was sind Ihre Erfahrungen hinsichtlich der Einbeziehung islamischer Gesellschaftsstrukturen in die EZ, die Sie während Ihrer langjährigen gutachterlichen Tätigkeit in islamischen Ländern sammeln konnten?

Elvira Ganter berichtete, dass die Zusammenarbeit mit islamischen Institutionen innerhalb der TZ ihren Erfahrungen nach nicht sehr weit verbreitet sei. In den letzten Jahren jedoch wurde die Zusammenarbeit mit den Zielgruppen immer enger und damit kristallisierte sich auch die Bedeutung der Kenntnis von Normen und Wertesystemen sowie Lebenszusammenhängen stärker heraus. Es ginge dabei um Selbsthilfe und Partizipation im Zusammenhang mit Armutsbekämpfung, Bildung, Gesundheit, Stärkung demokratischer Strukturen, Rechtsreformprozessen, Menschenrechten und Genderfragen. Die Frage sei, wer die Träger von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen sind und wo die deutsche TZ ansetzen könne und solle.

Herr Dr. Dr. Adamou, wie hoch ist Ihrer Einschätzung nach das Bedürfnis, bzw. die Bereitschaft der islamischen Schlüsselpersonen und Strukturen in Westafrika, mit westlichen entwicklungspolitischen Organisationen zusammen zu arbeiten?

Dr. Dr. Laoualy Adamous Erfahrung nach, werden Mitarbeiter/innen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Afrika als Gast willkommen geheißen. Die Fremden als Helfer sollten jedoch auch die kulturellen Rahmenbedingungen des Landes respektieren. Die Betonung eines partizipativen Ansatzes zur Mehrung von Wissen, zur Förderung von Gesundheit und von Ressourcenschutz, sowie zur Minderung der

Armut seien Themen, die auch zu den Grundprinzipien des Islam gehören und die somit auf die Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen.

Frau Gouré Bi, was sind die Erfahrungen des DED in Afrika als nahe an der Basis arbeitende Organisation in Bezug auf die Kooperation mit islamischen Partnern?

Welche Ansätze der Zusammenarbeit mit islamischen Strukturen, Autoritäten, Positionen, Wertvorstellungen kann der DED sich in Westafrika vorstellen bzw. setzt er schon um?

In Afrika gibt es eine große Präsenz des Islam, jedoch keine expliziten islamischen Gesellschaftsstrukturen. Der DED arbeitet daher nicht nach bestimmten Leitlinien in Bezug auf den Islam in Afrika. Für die Länder Jemen und Sudan sind jetzt die Inhalte der landeskundlichen Vorbereitung auf islamische Gesellschaften ausgerichtet. In anderen Regionen wurden die Entwicklungshelfer bislang bei dem Thema nicht ausreichend unterstützt. Bislang würden die einheimischen Kollegen in den Partnerländern viele Probleme auffangen und unterstützen bei Fragen zu Kleidungsregeln, Feiertagen, u.a. Deshalb bedürfe es eines neuen Focuses, um Unsicherheiten im Umgang mit dem Islam entgegen zu treten.

Möglichkeiten des interkulturellen Dialoges mit dem islamisch geprägten Afrika sehen Sie für die deutsche EZ?

Prof. Dr. Tirmiziou Diallo beschäftigt sich schon lange mit dem Thema des Kulturdialogs. Daher war er erfreut zu sehen, dass die Empfehlungen, die er für die Entwicklungszusammenarbeit als wichtig propagierte, nun aufgenommen werden. In einem interkulturellen Dialog ginge es darum, die eigenen Normen und Werte erst einmal hinten anzustellen, um voneinander lernen zu können. Der Islam sei kein Phänomen, und es dürfe nicht darum gehen Wertvorstellungen zu transportieren – dies würde auch nicht funktionieren. Man müsse die Werte und Strukturen der Menschen vor Ort achten. Prof. Diallo äußerte den Wunsch nach einem Lernprozess, der auch im Westen stattfindet. Hinsichtlich eines Kulturdialogs sei noch viel zu tun für die Menschen aus beiden Kulturen. Prädestiniert für diese Arbeit sei, wer in beiden Kulturen zuhause ist. Als Vermittler zwischen Kulturen dürfe man sich auf keine Seite schlagen. Aus seiner Erfahrung heraus könne er sagen, dass die Bereitschaft zum Dialog Afrikas mit der westlichen Welt sehr groß ist, es fehle beiderseitig jedoch an Menschen, die das Handwerkszeug dazu mitbringen. Gleichzeitig warnte er auf eine Konzentrierung auf islamische Strukturen. Man dürfe daraus keine technische Angelegenheit machen. Es gäbe auch nicht „den“ Islam in Afrika, vielmehr existierten viele Variationen, die oft ihren Ursprung in lokalen afrikanischen Traditionen haben.

Der Begriff *zakat* ist für Prof. Diallo richtig mit dem Begriff Opfer übersetzt und hat nichts mit Institutionen (wie dem Staat) zu tun. Der Opferakt sei für einen Muslim ein religiöser Akt zu dem es auch gehöre, einem Bettler Geld zu geben.

Herr Conze, welche Rolle spielt der Islam in der deutschen Afrika-Politik, insbesondere gegenüber islamisch geprägten Ländern wie Mali, Senegal oder Burkina Faso, die Schwerpunktländer der dt. EZ sind?

Peter Conze bemerkte, dass die Befassung mit dem Islam relativ neu sei. In Bezug auf Afrika sei dies erklärbar: der Islam wurde bislang nicht primär auf Afrika bezogen. Der Islam spielte nach den 60er Jahren zudem keine bedeutende Rolle in der afrikanischen Politik.

Nach dem 11. September nahm das Interesse am Islam zu und hat auch politisch an Bedeutung gewonnen. Das Thema erhielt daher nun die Chance aufgegriffen zu werden. Das Abkoppeln des Themas Islam vom Thema Terrorismus ist in Afrika einfacher zu bewerkstelligen. Der Islam sei vielfältig und die genaue Betrachtung der jeweiligen Situation müsse Grundlage der Projektarbeit sein. In diesem Zusammenhang betonte Herr Conze die Wichtigkeit der Vorbereitung von Auslandsmitarbeiter/innen. Die Frage sei, wer kann diese vermitteln könne, bzw. ob Mittler in die Projektarbeit einbezogen werden sollten.

Offene Diskussionsrunde unter Einbeziehung des Publikums

Auf die Frage hin, ob es einen Wertetransport durch EZ gäbe, antwortete Frau Ganter, dass durch die Entwicklungszusammenarbeit, auch innerhalb der TZ, immer ein Wertesystem mittransportiert würde, auch unintendiert. Anknüpfungspunkt seien die Menschenrechte als Bezugsrahmen. Wichtig sei es, sich Wissen anzueignen. Es müsse kein Islamdialog geführt werden, sondern nach gemeinsamen Anknüpfungspunkten gesucht werden.

Fraglich sei, warum diese Diskussion nicht in der EZ mit den islamischen Kernländern geführt wird. Bisher fand dort ein Ausweichen auf rein technische ausgerichtete Projekte statt, aber auch da müsse es ein Umdenken geben. Projekte und Programme zur Förderung Demokratieförderungsprojekte werden jetzt beginnen.

Ein Teilnehmer äußerte sich in Bezug auf die Wertediskussion, dass westliche Werte nicht exportiert werden müssen, denn Werte seien in den Partnerländern sehr wohl vorhanden. In diesem Zusammenhang nannte er als Beispiel die Solidargemeinschaft als Wert im Islam.

Herr Vollbracht von der Deutschen Welthungerhilfe brachte seine Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Koranschulen in Bamako, Mali, ein. Dort wird in einigen Koranschulen ein Zusatzunterricht – Lesen, Schreiben und Rechnen – auf Französisch gefördert. Ziel sei es, das Wissensspektrum für die Jugendlichen zu vergrößern, die so nicht nur Arabisch, sondern auch Französisch lernen. In diesem Zusammenhang stellte Herr Vollbracht an Prof. Diallo die Frage, ob dies seiner Ansicht nach ein Zuviel an Wertevermittlung darstellen würde?

Prof. Diallo betonte, dass es auch in den islamischen Strukturen in Afrika viel Nachholbedarf gäbe. Auch die Kinder von Führern der Bruderschaften im Senegal gingen in französische Schulen. Er zitiert aus den Hadithen: Ihr sollt das Wissen suchen, selbst wenn es nach China führt. Über einen Unterreicht auf Französisch lerne man auch französische Wertvorstellungen kennen. Davon könne auch profitiert werden. Wichtig sei allerdings, dass im Rahmen einer solchen Arbeit nicht die Durchsetzung solcher Werte als Ziel gesetzt werden. Vielmehr ist ein gegenseitiges Lernen voneinander wichtig.

Frau Goré Bi brachte zwei Anliegen zum Ausdruck. Zum einen betonte sie, dass es wichtig sei, die gemeinsame Vorbereitung der Mitarbeiter zu verbessern. Der DED lege hierbei auch Wert auf eine längere Vorbereitungsphase der Auslandsmitarbeiter/innen in den Partnerländern, bei welcher z.B. einheimische Berater über den Sprachunterricht Verständnis für die Kultur und die Werte des Landes vermitteln. Ihr zweites Anliegen sei, der Zielgruppe der arbeitslosen jungen Menschen mehr Beachtung zu schenken. Ein Programm für Islam und Jugend unter Einbeziehung der islamischen Bevölkerung sei wichtig.

Prof. Diallo mahnte, den Dialog der Taubstummen nicht weiter fortzuführen. Ziel sei die Fähigkeit der Selbstreflektion, um Missverständnisse zu verringern und um einen Dialog führen zu können.